ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Leibrecht, Markus; Bellak, Christian

Article

Besteuerung von Körperschaften und ausländische Direktinvestitionen in zentral- und osteuropäischen Mitgliedsstaaten der EU

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

Provided in Cooperation with:
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Suggested Citation: Leibrecht, Markus; Bellak, Christian (2007) : Besteuerung von Körperschaften und ausländische Direktinvestitionen in zentral- und osteuropäischen Mitgliedsstaaten der EU, Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 33, Iss. 1, pp. 93-117

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/332736

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Besteuerung von Körperschaften und ausländische Direktinvestitionen in zentral- und osteuropäischen Mitgliedsstaaten der EU

Markus Leibrecht, Christian Bellak

1. Einleitung

Passive ausländische Direktinvestitionen (PDI) sind in den zentral- und osteuropäischen Ländern (ZOL) und insbesondere in den sieben neuen EU-Mitgliedsstaaten in den letzten Jahren stark gestiegen. Gleichzeitig hat eine Reihe von ZOL die Besteuerung von Körperschaften und damit auch von multinationalen Unternehmen (MNU) stark zurückgenommen. Ein Grund für diese Reduktion in der Steuerlast für Körperschaften ist das Bestreben, durch relativ niedrige Gewinnsteuern PDI anzulocken. Daraus ergibt sich eine Reihe von wirtschaftspolitischen Problemstellungen. Zwei davon werden in diesem Beitrag diskutiert: (i) Ist eine verstärkte Koordination der Unternehmensbesteuerung auf Ebene der Europäischen Union (EU) angesichts der teilweise starken Reduktionen in der (effektiven) Gewinnbesteuerung von Körperschaften aus ökonomischer Perspektive notwendig? (ii) Sind die starken Reduktionen in der Unternehmensbesteuerung geeignet, PDI nachhaltig zu verankern?

Der zweite Abschnitt gibt einen Überblick über die Entwicklung der PDI in den ZOL, wobei der Fokus auf den sieben neuen EU-Mitgliedsländern liegt. Abschnitt drei zeigt anhand verschiedener Steuerparameter und Kennzahlen die Entwicklung der Gewinnbesteuerung von Körperschaften in den NMS-7. Abschnitt vier analysiert, ob PDI empirisch signifikant auf Senkungen der Körperschaftsteuer (KöSt) reagieren. Abschnitt fünf widmet sich den beiden genannten wirtschaftspolitischen Problemstellungen, wobei auch ökonomische Aspekte der Harmonisierungsbestrebungen auf EU-Ebene erläutert werden.

2. Direktinvestitionen in den zentral- und osteuropäischen Ländern

Ausländische Direktinvestitionen sind jener Teil von internationalen Investitionen, bei dem die Absicht besteht, einen strategischen Einfluss auf das ausländische Unternehmen auszuüben. Dabei wird z. B. ein Aktienanteil von mindestens zehn Prozent als Ausdruck des nachhaltigen Einflusses gesehen.[1] PDI stellen für ZOL einerseits ein zentrales Instrument zur Überwindung von internen Kapitalbildungshemmnissen dar, andererseits können PDI zu *Spillover*-Effekten verschiedener Art (z. B. Technologie- und Wissens-*Spillover*) führen. Beides wird als Motor für kurz- und langfristiges Wirtschaftswachstum gesehen.[2]

PDI haben in vielen ZOL seit Beginn der 1990er Jahre stark an Bedeutung gewonnen. Gemäß UNCTAD-Daten[3] beträgt die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des Bestandes an PDI von 1995 bis 2005 ca. 24 Prozent für die ZOL-5 (Tschechische Republik, Ungarn, Polen, Slowakische Republik und Slowenien) und ca. 49 Prozent für die ZOL-11 (Weißrussland, Russland, Moldawien, Ukraine, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Mazedonien, Rumänien, Serbien und Montenegro). Im Vergleich dazu steigt der Bestand an PDI in China jährlich um durchschnittlich 12 Prozent und in den EU-15 um 14 Prozent. Der durchschnittliche jährliche Zufluss 1995-2005 an PDI beträgt 16 Mrd. USD (ZOL-5), 13 Mrd. USD (ZOL-11) sowie 49 Mrd. USD (China) und 295 Mrd. USD (EU-15). Diese Zahlen machen deutlich, dass ein Großteil der weltweiten PDI-Flüsse in hoch entwickelte Volkswirtschaften geht, zugleich aber auch, dass die zentral- und osteuropäischen Transformationsökonomien mit einer besonders dynamischen Entwicklung der PDI konfrontiert sind.[4]

Für Österreich besonders relevant sind dabei Direktinvestitionen und deren Determinanten in den sieben neuen EU-Mitgliedsländern (NMS-7): Tschechische Republik (CZ), Ungarn (HU), Polen (PL), Slowakische Republik (SK), Slowenien (SI), Bulgarien (BG) und Rumänien (RO). Für diese Länder zeigen die Abbildungen 1 und 2 die Entwicklung des Gesamtbestandes an PDI bzw. des Bestandes an PDI im verarbeitenden Sektor von 1995 (1996) bis 2004.[5]

Abbildung 1 zeigt, dass relativ zur Landesgröße vor allem Ungarn und die Tschechische Republik Zielländer von PDI sind. Polen, das absolut am meisten PDI empfängt, sowie die beiden 2007 der EU beigetretenen Länder Rumänien und Bulgarien fallen deutlich ab. Ersichtlich ist auch der relativ starke Anstieg der PDI in einigen Ländern um die Jahrtausendwende. Dieser Anstieg ist zum Teil mit der Aufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen (1998: HU, PL, CZ, SI) und mit den starken Steuersenkungen

Abbildung 1: Pro-Kopf Bestand an PDI in den NMS-7

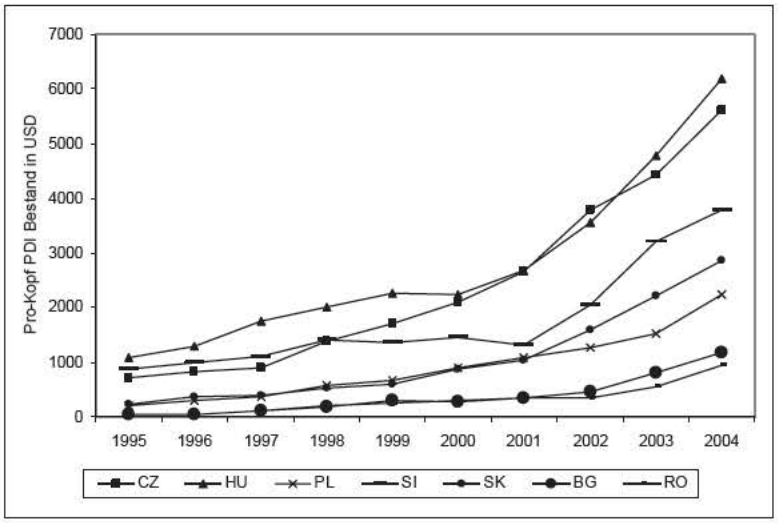
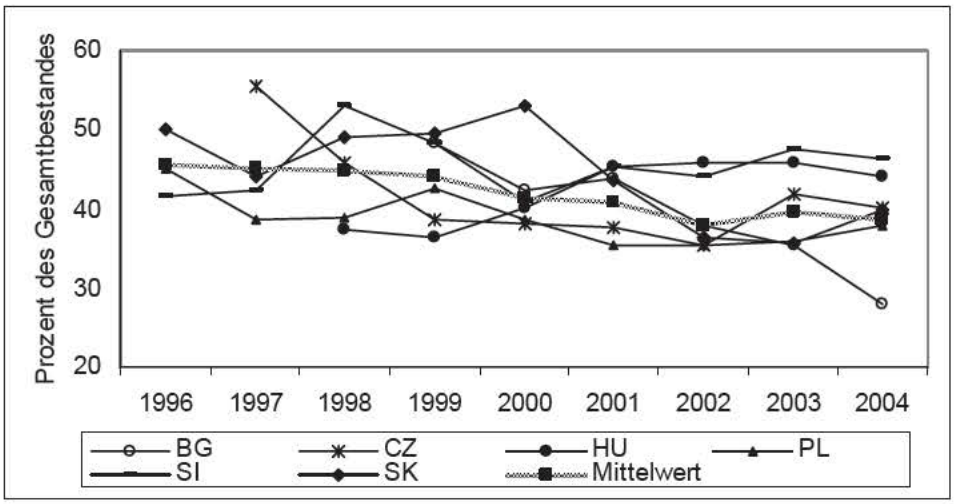


Abbildung 2: Bestand an PDI im verarbeitenden Sektor in Prozent des Gesamtbestandes



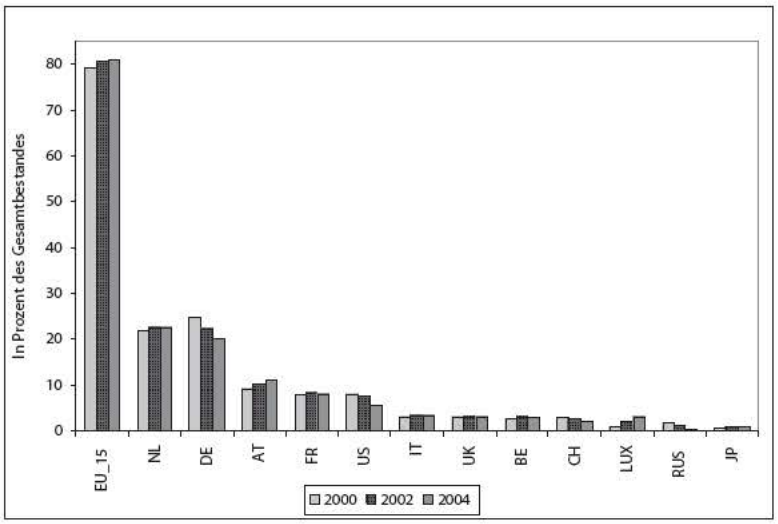
Datenquelle der Abb. 1 und 2: WIIW (2006).

in einigen der NMS-7 zu begründen. Beide Aspekte werden in verschiedenen Studien[6] als signifikante Determinanten von PDI in ZOL isoliert.

Abbildung 2 weist darauf hin, dass sich die branchenbezogene Verteilung des PDI-Bestandes im Zeitablauf zu Lasten des verarbeitenden Sektors verschiebt Diese strukturelle Verschiebung ist insofern interessant, als sich dadurch die Rolle von Gewinnsteuern als Determinante von PDI verändern könnte. Zum Beispiel findet Stöwhase (2005), dass die Bedeutung der Gewinnbesteuerung als Standortfaktor im Dienstleistungssektor ausgeprägter ist als im primären und sekundären Sektor Eine Begründung dafür könnte sein, dass PDI im primären Sektor vor allem von der Ausstattung mit natürlichen Rohstoffen bestimmt ist. PDI in den sekundären Sektor könnten z. B. aufgrund hoher Transportkosten und Größenvorte le in der Produktion weniger steuerreagibel sein als PDI in den Dienstleistungssektor.

Abbildung 3 gibt Auskunft über die Herkunft der PDI Die mit Abstand wichtigsten Investorenländer in den NMS-7[7] sind die Niederlande (NL), Deutschland (DE) und Österreich (AT), ein Indiz für die Bedeutung von geographischer, kultureller und historischer Nähe als Determinante von PDI. Die Verflechtungen der NMS-7 via PDI untereinander sind im Vergleich dazu sehr gering. Jedoch ist in den letzten Jahren eine deutliche Zunahme von PDI aus anderen ZOL zu erkennen.[8] Insbesondere hat sich in der Periode 2000 bis 2005 der Anteil von Ungarn am PDI-Bestand der restlichen NMS-7 mehr als verdreifacht.[9] Diese Zunahme der PDI aus

Abbildung 3: Bestand an PDI nach Herkunftsländern



Datenquelle: WIIW (2006)

ZOL ist u. a. ein Indiz für das zunehmende Ausmaß an firmenspezifischen Vorteilen in den ZOL.

3. Überblick über die Besteuerung von Körperschaften in den NMS-7

3.1 Ökonomische und politische Rechtfertigungen einer Körperschaftsteuer

Die KöSt erfasst im Wesentlichen das Einkommen von juristischen Personen des Privatrechts.[10] Aus ökonomischer und polit-ökonomischer Perspektive werden zahlreiche Argumente für bzw. gegen die Erhebung einer KöSt vorgebracht.[11] Gegner der KöSt lehnen diese aus Effizienzgründen ab, wenn sie z. B. zu Verzerrungen der Investitions-, Finanzierungs- oder Standortentscheidungen führt. Auch aus verteilungspolitischer Perspektive wird eine KöSt abgelehnt, weil juristische Personen nicht die Träger der Steuerlast sein können. Träger sind stets die „hinter dem Unternehmen stehenden" Anteilseigner und/oder die Beschäftigten des Unternehmens und/oder die Konsumenten der erzeugten Güter und Dienstleistungen.[12] Da die effektive Inzidenz der KöSt besonders unklar ist,[13] zielen aus dieser Perspektive Argumente für eine KöSt, die auf der Fähigkeit von Körperschaften, Steuern zu zahlen („finanzielle Leistungsfähigkeit") basieren, ins Leere: Körperschaften sind nicht die Träger der Steuerlast, und es ist unklar, ob die KöSt von natürlichen Personen mit höherer finanzieller Leistungsfähigkeit getragen wird.

Neben diesen Sichtweisen wird eine Reihe von ökonomischen und politischen Gründen für eine KöSt in der Literatur genannt. Zum Beispiel kann die KöSt als eine Steuer zur Internalisierung von negativen externen Effekten oder als eine Äquivalenzsteuer („*benefit tax*") für die Benützung von produktionsnaher öffentlicher Infrastruktur gesehen werden. Die Rolle der KöSt als Äquivalenzsteuer legt es nahe, dass Kapitalgesellschaften, die reale Investitionen tätigen, auf Steuersatzunterschiede zwischen Investitionsstandorten nicht in dem Ausmaß reagieren wie reine Finanzinvestitionen, wenn die Steuer als „Lindahl-Preis" für die bereitgestellte Infrastruktur und die institutionellen Rahmenbedingungen gesehen wird.[14] Ausgestaltet als Steuer auf ökonomische Reingewinne (z. B. in Form einer *Cash-Flow*-Steuer) könnte die KöSt weiters z. B. verteilungspolitischen Zwecken dienen (via Staatsausgabentätigkeit), ohne marginale Finanzierungs- oder Investitionsentscheidungen zu beeinflussen.[15] Eine KöSt ist in vorherrschenden Steuersystemen notwendig, um zu verhindern, dass Kapitalgesellschaften als „Sparbüchsen" angesehen werden, da „Sparen im Unternehmen" gegenüber Ausschüttung und Anlage

am Kapitalmarkt bei Besteuerung von Zinserträgen in der Einkommensteuer und Fehlen einer KöSt steuerlich besonders bevorzugt wäre. Zudem würde ohne KöSt insofern ein Druck auf die veranlagte Einkommensteuer und in weiterer Folge auch auf die Lohnsteuer entstehen, da Kapitalgesellschaften gegenüber Personengesellschaften besondere steuerliche Vorteile hätten.[16] Aus polit-ökonomischer Perspektive ist die KöSt eine geeignete Steuer, da sie in integrierten Volkswirtschaften zum Teil von ausländischen Nicht-Wählern getragen wird (zumindest potenziell getragen werden könnte (Steuerexport)). Zudem wird auf eine KöSt von Stimmen maximierenden Regierungen nicht verzichtet, wenn die politischen Kosten der KöSt relativ gering sind. Diese knappen Überlegungen zeigen, dass eine geeignet ausgestaltete KöSt aus ökonomischer und politischer Perspektive ein zentrales Element vorherrschender Steuersysteme ist bzw. sein sollte.

Aus Sichtweise eines privatwirtschaftlich orientierten Unternehmens ist die KöSt ein Kostenfaktor, der die Profitabilität des Unternehmens reduziert.[17] Unternehmen werden daher versuchen, durch Ausweich- (z. B. räumliche, zeitliche, sachliche Ausweichung, Ausnützung von Spielräumen im Steuerrecht), Steuereinholungs- und Überwälzungsmaßnahmen die KöSt-Schuld zu vermeiden bzw. zu reduzieren. In Hinblick auf die Gewinnbesteuerung der NMS-7 rangieren insbesondere räumliche Steuerausweichmaßnahmen von MNUs etwa in Form der Verlegung von Produktionsstandorten, Firmensitzen und Profiten prominent in der wirtschaftspolitischen Diskussion. Ausschlaggebend dafür ist die relativ niedrige KöSt-Belastung, mit der auch die NMS-7 versuchen, PDI anzulocken.

3.2 Aspekte der Besteuerung von PDI in den NMS-7

Die ersten Jahre nach der Wende sind nicht nur vom Vorhaben geprägt, das Steuersystem so zu gestalten, dass es privatwirtschaftlich orientierten Transaktionen entspricht, sondern auch von spezifischen Steuervergünstigungen für PDI. Dabei spielen in den ersten Jahren insbesondere auf Steuerbemessungsgrundlagen bezogene Vergünstigungen wie z. B. Sonderabschreibungen, Freibeträge und Steueraussetzungen eine prominente Rolle. Jedoch ist schon früh die Tendenz zu erkennen, dass die meisten der NMS-7 (insbesondere CZ, BG, SK, HU) viele spezifische Steuervergünstigungen dieser Art, die ausschließlich ausländischen MNUs gewährt wurden, abschaffen und damit heimische und ausländische Investoren steuerlich gleichstellen.[18] Dennoch sind die KöSt-Systeme der NMS-7 auch danach deutlich darauf ausgerichtet, PDI via Sonderabschreibungen, steuerbegünstigte Wirtschaftsparks etc. zu attrahieren.[19]

Ein wesentliches Merkmal dieser frühen Periode der Transformation sind die relativ hohen nominellen KöSt-Sätze in den meisten NMS-7 (vgl. Tabelle 1).[20] Mit Ausnahme von Slowenien und Ungarn liegen die KöSt-Sätze bis 1999 nicht unter jenen der beiden wichtigen Investorenländer Niederlande und Österreich. Die steigende Intensität der Steuersatzsenkungen ab 1998/1999 hängt zum Teil mit den oben beschriebenen Reduktionen in den auf die Steuerbemessungsgrundlagen bezogenen Vergünstigungen zusammen. Aber insbesondere nehmen Steuersatzsenkungen ab diesem Zeitraum aufgrund des Beginns der EU-Beitrittsverhandlungen und damit der Übernahme des „*acquis communautaire*" der EU (insbesondere auch der Regelungen des EU-Beihilfenrechts[21]) zu: Steuersätze werden zur Kompensation der Bemessungsgrundlagenerweiterungen gesenkt.[22]

Möchte man die Anreizwirkungen, die eine niedrige KöSt auf PDI ausübt, analysieren, reicht ein Vergleich der nominellen KöSt-Sätze nicht aus.[23] Es sind Maße zu verwenden, die (i) versuchen, die Bemessungsgrundlage zu erfassen; welche (ii) die vorausschauende Eigenschaft von Investitionen berücksichtigen, d. h. gegenwärtiges und zukünftiges Steuerrecht abbilden, und die (iii) alle relevanten steuerlichen Bestimmungen (insbesondere KöSt-Satz des Ziel- und des Herkunftsstaates von PDI, Quellensteuern auf repatriierte Gewinne und Zinsen; Steuern des Herkunftsstaates auf repatriierte Gewinne und Zinsen; Abschreibungsregeln) erfassen. Zudem sollte das verwendete Maß berücksichtigen, dass (iv) PDI zumeist profitable Projekte finanzieren,[24] und es sollte (v) die Wirkungen von Steuerausweichmaßnahmen in Form von Gewinnverschiebungen (via Transferpreise oder *„thin capitalisation"*) auf die steuerliche Belastung von MNUs erfassen.

Ein Maß, das die Punkte i) und ii) sowie iv) umsetzt, sind die auf der neoklassischen Investitionstheorie und auf der Annahme eines hypothetischen (Auslands-)Investitionsprojekts basierenden Bilateralen Effektiven Durchschnittlichen Steuersätze (BEDS) nach Devereux und Griffith (1998).[25] Jedoch können diese Kennzahlen die Wirkungen von Steuerausweichmaßnahmen via Gewinnverschiebungen auf die Steuerlast (Punkt (v)) nur in einem sehr eingeschränkten Ausmaß abbilden. So ist es z. B. möglich, BEDS nach der Art der Finanzierung (Fremd- vs. Eigenkapital) und nach der Art des Investitionsgutes getrennt zu ermitteln. Anreize zu Steuerausweichmaßnahmen in Form der Wahl der steuerlich günstigsten Finanzierungsart (v. a. *thin capitalisation*) sind damit über den nach der Finanzierungsart getrennten Ausweis von Minimumsteuersätzen skizzierbar. Auch können praktisch nur allgemeine Bestimmungen zur Ermittlung der Bemessungsgrundlage berücksichtigt werden, womit Bedingung (iii) nicht im vollen Ausmaß erfüllt ist. BEDS sollten daher eher als eine Obergrenze der Belastung von PDI mit KöSt, Quellensteuern auf Dividenden und Zinsen etc. angesehen werden.

Tabelle 1: Nominelle Körperschaftsteuersätze in den NMS-7

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
BG	40,0	40,0	36,0	30,0	27,0	25,0	20,0	15,0	23,5	19,5	15,0	15,0
CZ	41,0	39,0	39,0	35,0	35,0	31,0	31,0	31,0	31,0	28,0	26,0	24,0
HU	18,6	19,0	19,0	19,1	19,4	19,6	19,6	19,6	19,6	17,8	17,7	17,7
PL	40,0	40,0	38,0	36,0	34,0	30,0	28,0	28,0	27,0	19,0	19,0	19,0
RO	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	16,0	16,0
SI	30,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0
SK	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0	29,0	29,0	25,0	25,0	19,0	19,0	19,0
AT	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	25,0	25,0
NL	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0	34,5	34,5	34,5	30,5	29,6
DE	57,4	57,4	57,4	56,7	52,3	51,9	38,7	38,7	39,5	38,7	38,7	38,7

Quellen: KPMG (2006), International Bureau of Fiscal Documentation (verschiedene Jahre)

Tabelle 2: Durchschnittliche BEDS der NMS-7

	CZ	HU	PL	SK	SI	BG	RO	MIN	MAX	Std. Abw.
1995	44,03	30,80	40,38	43,24	30,58	41,93	40,56	30,58	44,03	5,69
2000	35,26	27,96	33,55	34,96	27,75	29,25	31,03	27,75	35,26	3,22
2001	36,08	28,99	33,01	35,79	28,62	27,31	32,37	27,31	36,08	3,52
2002	35,05	27,23	31,86	31,93	27,36	23,48	31,16	23,48	35,05	3,89
2003	35,03	27,22	31,15	30,96	28,34	27,15	31,15	27,15	35,03	2,81
2004	28,78	22,30	22,96	22,80	24,10	24,81	30,26	22,30	30,26	3,14
2005	27,03	21,78	22,47	22,32	23,63	22,18	24,44	21,78	27,03	1,85

Quelle: eigene Berechnungen
BEDS … bilateraler effektiver durchschnittlicher Steuersatz

Tabelle 3: DES der NMS-7 in 1995 und 2005

	CZ	HU	PL	SK	SI	BG	RO	MIN	MAX	Std. Abw.
1995	37,99	16,08	34,98	37,16	21,80	34,87	32,40	16,08	37,99	9,67
2005	22,88	15,58	16,58	16,41	19,17	11,49	13,60	11,49	22,88	3,70

Quelle: eigene Berechnungen
DES … durchschnittlicher effektiver Steuersatz

Tabelle 2 zeigt die BEDS der NMS-7, gemittelt über die sieben wichtigsten Herkunftsländer der PDI[26] und bei einer angenommen Profitabilität (finanzielle Ertragsrate p) von 20%.

Da die nominellen KöSt-Sätze ein wesentlicher Bestandteil der BEDS sind, ist es nicht verwunderlich, dass letztere einen ähnlichen Verlauf wie die in Tabelle 1 gezeigten KöSt-Sätze aufweisen. Zu beachten ist, dass die BEDS zumeist über den KöSt-Sätzen liegen. Dies ist das Resultat der Inkludierung von zusätzlich relevanten Steuersätzen (insbesondere Quellensteuersätze auf repatriierte Dividenden sowie deren steuerliche Behandlung im Herkunftsland der PDI) in den BEDS.[27] Mit dem EU-Beitritt von CZ, HU, PL, SI und SK im Jahr 2004 traten auch die Mutter-Tochter- und die Zinsen- und Lizenzgebühren-Richtlinie in Kraft.[28] Die Anwendung der Mutter-Tochter-Richtlinie ist – neben der teilweise deutlichen Reduktion der nominellen KöSt-Sätze (insbesondere in BG, PL und SK; vgl. Tabelle 1) – der wesentliche Grund für die starke Reduktion der BEDS im Jahr 2004. Da mit Ausnahme von UK und US alle Herkunftsländer von PDI das Freistellungsverfahren als Methode zur Verhinderung von Doppelbesteuerung anwenden,[29] wirkt sich der Entfall der Quellensteuer auf Dividenden direkt auf die Höhe der steuerlichen Belastung von PDI aus.

Wären alle anderen Standortfaktoren gleich, dann ist gemäß Tabelle 2 Ungarn das bevorzugte Land im Jahr 2005 – aber auch davor zumindest die Nummer zwei. Slowenien hat dagegen stark verloren. Ein Grund dafür ist, dass Slowenien als einziges der untersuchten Länder den nominellen KöSt-Satz in der Periode 1996-2005 nicht senkte und zudem im Jahr 2003 die Bemessungsgrundlage erweiterte.[30] BG, PL und SK, welche 1995 noch „Hochsteuerländer" waren, haben ihre Position insbesondere durch die deutliche Senkung der nominellen KöSt-Sätze verbessert. CZ nimmt – trotz der deutlichen Senkungen des nominellen Steuersatzes – zu fast allen Zeitpunkten den letzten Platz ein. Insgesamt ist das Ausmaß der Senkungen der BEDS in einer Periode von zehn Jahren beachtlich. Dabei ist aus Tabelle 2 anhand der sinkenden Standardabweichung (Std.Abw) auch ersichtlich, dass die BEDS der NMS-7 konvergieren.

Im Jahr 2005 waren zwei der NMS-7, Bulgarien und Rumänien, noch nicht Mitglieder der EU. Da die Anwendung der Mutter-Tochter-Richtlinie die BEDS deutlich drückt, sind auch die Durchschnittlichen Effektiven Steuersätze (DES), welche lediglich auf dem Steuerrecht des Ziellandes von PDI basieren, von Interesse. Sie können für Bulgarien und Rumänien als (grobe) Annäherung der nach dem EU-Beitritt gültigen BEDS gesehen werden.[31] Ersetzt man die durchschnittlichen BEDS durch DES, ergibt sich eine deutliche Änderung in der Rangfolge der Länder: Bulgarien und Rumänien nehmen den ersten und zweiten Rang im Jahr 2005 ein. D. h., mit dem EU-Beitritt und der Gültigkeit der Mutter-Tochter-Richtlinie auch für diese Länder sinkt das Niveau der effektiven Körperschaftsbesteue-

rung in den NMS-7 nochmals deutlich (vgl. Tabelle 3).

Eine Forcierung des Steuerwettbewerbs um PDI und damit weiter sinkende Steuersätze könnten resultieren, wenn andere ZOL – oder „alte" EU-Länder – auf die gestiegene steuerliche Attraktivität von Bulgarien und Rumänien für PDI mit Steuersenkungen reagieren. [32] Aus Sicht eines einzelnen Staates ist dies aber nur rational, wenn PDI tatsächlich auf Steuersatzänderungen signifikant reagieren.[33]

4. Reagieren PDI auf Senkungen der Körperschaftsteuer?

PDI können einen wichtigen Motor für Wirtschaftswachstum darstellen. Dies ist mit ein Grund für die zahlreichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Attrahierung von PDI, die Senkung der effektiven Gewinnbesteuerung im Speziellen. Abschnitt 3 hat gezeigt, dass die NMS-7 in den letzen Jahren ihre effektiven Körperschaftsteuersätze für PDI deutlich gesenkt haben. Eine zentrale Frage ist nun, ob PDI auf Reduktionen und Unterschiede in der Gewinnbesteuerung reagieren.

Eingangs ist zu fragen, warum PDI auf Veränderungen bzw. Unterschiede in der Gewinnbesteuerung reagieren sollten. Zunächst, weil die Steuerbelastung einen Kostenfaktor darstellt. Daher wird die Profitabilität von PDI durch höhere Steuern verringert. Aber auch, weil Steuersenkungen als ein Signal an die Investoren verstanden werden können, dass die Standortbedingungen allgemein günstig ausgestaltet sind. Dabei ist aber zu bedenken, dass insoweit MNUs durch die Gestaltung von Transferpreisen, die Art der Finanzierung von PDI oder die Zwischenschaltung von Gesellschaften mit Finanzierungs- oder Holdingfunktion[34] Gewinne verschieben können, die Bedeutung der effektiven Steuerbelastung für PDI deutlich sinken kann. Zudem können andere Standortfaktoren, wie etwa Arbeitskosten und Arbeitsproduktivität, die Marktgröße, Agglomerationsvorteile oder die öffentliche Infrastruktur, Investoren für höhere Steuerleistungen „entschädigen". Je ungleicher diese anderen Standortfaktoren zwischen den Gastländern sind, desto geringer sollte die Bedeutung eines einzelnen Standortfaktors sein.

Letztlich ist die Frage nach der Wirkung von Steuersatzsenkungen auf PDI empirisch zu beantworten. Die empirischen Studien, die bisher publiziert wurden, sind zum großen Teil in DeMooij und Ederveen (2003 und 2005) zusammengefasst. Gemäß diesen Studien hängt die Steuerreagibilität, gemessen anhand der Steuerelastizität,[35] von einer Vielzahl von Faktoren ab, u. a. dem Maß für PDI (z. B. PDI gemäß Zahlungsbilanz oder Anzahl der gegründeten Auslandstöchter), dem Maß für die Steuerbelastung (z. B. BEDS, DES oder KöSt-Satz), der Zeitperiode, dem ökonometrischen Ansatz (z. B. Zeitreihen-, Querschnitts- oder Panelanalyse), den verwendeten Kontrollvariablen etc. Ein besonderer Verdienst der Analyse

von DeMooij und Ederveen ist, dass „typische“ Steuerelastizitäten anhand einer Meta-Analyse aus den vorhandenen Studien abgeleitet werden. Tabelle 4 zeigt beispielhaft, wie stark sich die Steuerelastizitäten nach der verwendeten ökonometrischen Methode und dem herangezogenen Steuerbelastungsmaß unterscheiden. Bezüglich der Wirkung von Steuern auf PDI ist die Spalte BEDS/DES relevant. Gemäß der Meta-Analyse von DeMooij und Ederveen (2005) ist daher von einer „typischen“ Steuerelastizität von PDI von ca. -5,90 auszugehen.

Tabelle 4: Typische Steuerelastizitäten nach DeMooij und Ederveen

Methode	KöSt-Satz	BEDS/DES	BEMS/MES
Zeitreihenanalyse	-0,79	-4,63	-2,22
Diskrete Modelle	2,31	-1,54	0,88
Paneldatenanalyse	-1,92	-5,77	-3,35
Querschnittsanalyse	-7,81	-11,65	-9,24
Mittelwert	-2,05	**-5,90**	-3,48

BEDS/BEMS: *Bilateraler* Effektiver Durchschnittlicher/Marginaler Steuersatz nach Devereux und Griffith (1998)[36]
DES/MES: Durchschnittlicher/Marginaler Effektiver Steuersatz nach Devereux und Griffith (1998)
Quelle: DeMooij und Ederveen (2005)

Ein zentrales Merkmal der von DeMooij und Ederveen ausgewerteten Studien ist, dass sie überwiegend PDI zwischen wirtschaftlich fortgeschrittenen Ländern untersuchen. Jedenfalls haben sie keinen Fokus auf PDI in ZOL. Generell gibt es für die ZOL immer noch relativ wenig empirische Evidenz zur Wirkung der Gewinnbesteuerung auf PDI. Zudem basieren die vorhandenen Studien zum Großteil auf dem nominellen KöSt-Satz als Maß für die Steuerbelastung. Bellak et al. (2005) haben acht im Jahr 2005 erhältliche Studien für ZOL, inklusive der NMS-7, zusammengefasst und eine Steuerelastizität von -1,45 (Medianwert) abgeleitet. Dabei sind nicht alle in den Lageparameter aufgenommen Elastizitäten auch statistisch signifikant. PDI reagiert gemäß diesen Studien nicht statistisch signifikant auf Änderungen in der KöSt-Belastung. Eine notwendige Voraussetzung für Steuerwettbewerb[37] um PDI wäre daher nicht erfüllt.

Da für die Analyse der Anreizeffekte der KöSt-Besteuerung für PDI BEDS verwendet werden sollten[38] (siehe oben) haben Bellak und Leibrecht (2005 und 2007a) die vorhandenen Studien durch die Verwendung von BEDS ergänzt. Die Ergebnisse signalisieren eine deutlich höhere Steuerelastizität (vgl. Tabelle 5). Zudem sind die geschätzten Koeffizienten

stets statistisch signifikant. Die ermittelten Steuerelastizitäten liegen im Rahmen der Ergebnisse von DeMooij und Ederveen (zum Vergleich am besten geeignet: -5,77 in Tabelle 4). Zudem ist der Schluss gerechtfertigt, dass die vergleichbar niedrige Elastizität in anderen Studien zu ZOL jedenfalls zum Teil auf die Verwendung des KöSt-Satzes zurückgeführt werden kann. Wird der BEDS durch den KöSt-Satz im empirischen Modell von Bellak und Leibrecht ersetzt, sinkt die Steuerelastizität deutlich im Absolutbetrag und ist nur mehr marginal statistisch signifikant. [39]

Tabelle 5: Steuerelastizitäten von PDI in ZOL

Steuerbelastungsmaß	Anzahl der vorhandenen Elastizitäten	Median
KöSt-Satz	38*	-1,71
BEDS	18**	-4,43
BEMS	5***	-0,10

* Elastizitäten nicht immer statistisch signifikant
** Elastizitäten immer statistisch signifikant
*** Elastizitäten nicht statistisch signifikant
Quellen: Bellak et al. (2005); Bellak und Leibrecht (2005 und 2007a); eigene Zusammenstellung

Die Studien von Bellak und Leibrecht implizieren daher, dass bei Verwendung eines geeigneten Steuermaßes im Gegensatz zur bis dahin vorhandenen Literatur auf eine signifikante Steuerreagibilität von PDI in ZOL (bzw. NMS-7) geschlossen werden kann. Damit ist eine notwendige Bedingung für die Existenz von Steuerwettbewerb um PDI erfüllt. Daraus ergeben sich zahlreiche wirtschaftspolitische Problemstellungen. Zwei davon werden im Folgenden knapp diskutiert.

5. Ausgewählte wirtschaftspolitische Problemstellungen

5.1 Steuerwettbewerb versus Steuerharmonisierung

Die aufgezeigten deutlichen Reduktionen in der effektiven Steuerlast (nicht nur[40]) in den NMS-7 und die umgesetzten bzw. geplanten Senkungen der Steuerlast in den wichtigsten Investorenländern[41] werden oft als Indiz für die Existenz von Steuerwettbewerb um PDI gesehen.[42] Verstärkte Steuerkoordinierung bzw. Steuerharmonisierung auf EU-Ebene wird eingefordert.

Es lassen sich mindestens vier Theorien des Steuerwettbewerbs um mobiles Kapital (Portfoliokapital, PDI) isolieren, die Ausgangspunkt für

zahlreiche Erweiterungen sind:[43] (i) Ansätze in der Tradition des Tiebout-Modells, die zeigen, dass fiskalischer Wettbewerb zu einer effizienten Allokation von Ressourcen führt; (ii) Ansätze in der Tradition von Zodrow und Mieskowski (1986), welche – schon bei geringfügiger Änderung der dem Tiebout-Modell unterliegenden Annahmen (Beschränkungen im vorhandenen Steuerinstrumentarium) – eine Effizienz erhöhende Rolle für Steuerkoordinierung aufgrund der Internalisierung fiskalischer Externalitäten ableiten;[44] (iii) Ansätze in der Tradition von Brennan und Buchanan (1980), die bei Unterstellung von inhärent verschwenderischen und ineffizienten politischen Strukturen aufgrund der „Zügelung des Leviathans" und vermehrter Politikinnovationen zu einer Effizienz erhöhenden Wirkung des Steuerwettbewerbs kommen; (iv) Ansätze, die der Neuen Ökonomischen Geographie folgen. Baldwin und Krugman (2004) argumentieren, dass im Falle verschieden strukturierter Staaten (Kernländer und Peripherie) Agglomerationsvorteile der Kernländer[45] dazu führen, dass die Peripherie Steuern nicht verwendet, um Kapital zu attrahieren: Agglomerationsvorteile resultieren in ökonomischen Renditen, die nur in den Kernländern existieren. Diese können angemessen besteuert werden, ohne dass sich PDI reduzieren. Auf Steuersatzsenkungen der Peripherie können die Kernländer zudem mit einer Reduktion der eigenen Steuerlast reagieren. Die Peripherieländer werden aus diesen Gründen auf eine Steuersenkung zur Attrahierung von PDI verzichten. In diesem Modell resultiert Steuerharmonisierung in einem Wohlfahrtsverlust von mindestens einer Ländergruppe. Zum Beispiel führt eine Steuerharmonisierung auf „mittlerem Niveau" zu einer Schlechterstellung beider Ländergruppen. Es käme zu einer Versteinerung der Trennung in Kern- und Peripherieländer.[46] Die Peripherie würde eine Möglichkeit verlieren, PDI, die nicht von Agglomerationsvorteilen der Kernländer profitieren (z. B. *Call Centers*; Buchhaltung), durch niedrigere Gewinnsteuern anzulocken. Die Kernländer würden Steueraufkommen verlieren.

Neben diesen auf die Effizienzwirkungen des Steuerwettbewerbs fokussierenden Ansätzen sind stets auch die Verteilungswirkungen eines Steuerwettbewerbs um mobiles Kapital zu bedenken. Aus der Verteilungsperspektive kann Steuerwettbewerb um mobiles Kapital zu negativen Effekten z. B. aufgrund einer Verschiebung der Steuerlast auf immobile Bemessungsgrundlagen (Änderung der Steuerstruktur) oder aufgrund der Änderung der Staatsausgabenstruktur hin zu produktionsnaher Infrastruktur und weg von „Umverteilungsausgaben" führen.

Verschiedene Simulationsstudien zu den Wohlfahrtseffekten einer Steuerharmonisierung liegen vor.[47] Die Studien unterscheiden sich deutlich in verschiedenen Hinsichten (Modellstruktur, Art der Harmonisierung etc.). Die Modelle abstrahieren notwendigerweise von der Realität und inkludieren deswegen auch einige wesentliche steuerliche Aspekte, wie die

Effekte eines grenzüberschreitenden Verlustausgleichs oder die Effekte reduzierter Steuerentrichtungs- und -erhebungskosten (noch) nicht.[48] Dennoch lassen sich einige allgemeine Schlussfolgerungen ableiten: i) Die aggregierten Wohlfahrtseffekte einer Harmonisierung sind zwar positiv, aber relativ gering, insbesondere wenn nur die Bemessungsgrundlage der KöSt harmonisiert wird, wie es im „Bolkestein-Report"[49] vorgesehen ist.[50] ii) Die Ergebnisse hängen stark von den Details des unterstellten Harmonisierungsszenarios ab; die Wohlfahrtswirkungen einer Steuerharmonisierung sind daher unsicher. iii) Wird Leviathan-Verhalten unterstellt, dann verschwinden die positiven Wohlfahrtseffekte einer Steuerharmonisierung rasch. iv) Die Wohlfahrtswirkungen hängen auch davon ab, wie Staaten etwaige Reduktionen des Steueraufkommens kompensieren (z. B. Verschiebung auf indirekte Steuern oder auf Lohnsteuern), und es gibt v) Gewinner- und Verliererländer, was eine politische Einigung auf eine Harmonisierung ohne Ausgleichsmechanismen aufgrund des Einstimmigkeitsprinzips[51] schwierig macht.

Weder die theoretischen noch die empirischen Ansätze legen also eine Steuerharmonisierung auf EU-Ebene eindeutig nahe. Insbesondere die Ergebnisse des Ansatzes von Baldwin und Krugman (2004) sprechen gegen eine rasche volle Harmonisierung der Gewinnbesteuerung von Körperschaften in der EU-27. Umgekehrt legen die Ansätze aber auch keineswegs eindeutig nahe, dass eine Koordinierung bzw. Harmonisierung aus volkswirtschaftlicher Perspektive schädlich ist. Es ist daher sinnvoll, sich vermehrt mit steuerpolitischen Maßnahmen zu befassen, welche die Vorteile einer Steuerharmonisierung mit jenen des Steuerwettbewerbs verbinden könnten (siehe unten 5.2). Jedoch muss für jedes Harmonisierungsszenario berücksichtigt werden, dass sich der Wettbewerb um PDI auf Teile des Steuersystems verlagern wird, die keiner Harmonisierung unterliegen.[52] Auch werden MNUs auf einen „Steueranstoß" mit Ausweichmaßnahmen reagieren. Nur wenn die Wirkungen dieser neuen Art von Steuerwettbewerb bzw. der Ausweichreaktionen transparenter und weniger volkswirtschaftlich schädlich sind als jene vor Steuerharmonisierung, ist letztere zu befürworten. Letztlich hat die Entscheidung für bzw. gegen eine Harmonisierung aber stets auf politischer Ebene zu erfolgen.

5.2 Harmonisierungsmaßnahmen auf EU-Ebene

Die Europäische Kommission sieht die Unternehmensbesteuerung als ein Instrument zur Erreichung der wirtschaftspolitischen Ziele der EU: „(T)he question is not of having either tax competition or tax harmonisation. The real issue is the right mix of policies needed to reach our common objectives in the EU."[53] Die Europäische Kommission verkennt etwaige negative Effekte von Steuerwettbewerb nicht, jedoch spricht sich

der EU-Kommissar László Kovács deutlich gegen eine Steuerharmonisierung aus: „A large part of our tax policies in the direct tax field are not aimed at harmonising Member States' tax rules. Rather, we […] want to ensure that the Member States' tax systems are mutually compatible and that they respect the European Treaties."

Auch die im „Bolkestein-Report" vorgesehenen kurz- und langfristig („gezielte und umfassende Maßnahmen") wirkenden steuerlichen Maßnahmen passen in dieses Bild. Das Ziel des Reports ist die Identifizierung von steuerlichen Hemmnissen für die grenzüberschreitenden Aktivitäten in der EU und nicht das Ausmachen möglicher Effekte des Steuerwettbewerbs bzw. einer Steuerharmonisierung für die EU.[54] Als eine wichtige langfristig wirkende Maßnahme wird die Einführung einer einheitlichen konsolidierten KöSt-Bemessungsgrundlage (EKB) propagiert. Eine Harmonisierung auch der Steuersätze ist jedoch keinesfalls geplant.[55] Durch eine EKB soll es insbesondere zu einer Reduktion in den Steuerentrichtungskosten für MNUs, zu einer Reduktion von Gewinnverschiebungen durch Transferpreise sowie zur Einführung eines grenzüberschreitenden Verlustausgleichs kommen.[56]

Allerdings braucht die Einführung einer EKB auch einen geeigneten Mechanismus zur Aufteilung der einheitlichen Bemessungsgrundlage auf die einzelnen EU-Mitgliedsländer, in denen das MNU tätig ist. Von Seiten der Kommission werden derzeit zwei mögliche Mechanismen diskutiert: Aufteilung der Bemessungsgrundlage auf Basis von makroökonomischen Kennzahlen (z. B. Bruttoinlandsprodukt) und Aufteilung anhand von firmenspezifischen Indikatoren wie Wertschöpfung und Formelzerlegung. Die Kommission selbst spricht sich für die Anwendung der Formelzerlegung (FZ) aus. Demnach soll die EKB anhand einer festzulegenden Formel, deren Elemente sich aus Faktoren wie z. B. die von einem MNU in einem Mitgliedsland gezahlte Lohnsumme oder die erzielten Umsätze zusammensetzen, aufgeteilt werden.[57] Eine FZ kann jedoch zu erheblichen Verzerrungen etwa aufgrund von Ausweichreaktionen von MNUs oder der Möglichkeit, dass die KöSt im Falle einer FZ zu einer impliziten Steuer auf die in der Formel inkludierten Faktoren wird, führen.[58] Es ist daher wahrscheinlich, dass eine einheitliche KöSt-Bemessungsgrundlage mit Formelzerlegung nicht zu Wohlfahrtserhöhungen führt. Diese Sicht wird auch durch die Simulationsstudie von Brøchner et al. (2006) gestützt (siehe oben).

Eine Alternative zu einer einheitlichen konsolidierten KöSt-Bemessungsgrundlage mit Formelzerlegung wäre es, zusätzlich zur Bemessungsgrundlage auch die Steuersätze zu harmonisieren und die KöSt zu einer eigenen EU-Steuer zu machen.[59] Letzteres ist im Bolkestein-Report auch als eine der umfassenden Maßnahmen vorgesehen. Eine eigene EU-Steuer ist aus Sicht der ökonomischen Theorie des Föderalismus (Prin-

zip der „fiskalischen Äquivalenz“) und aufgrund des Aufgabenspektrums der EU zu befürworten. Jedoch bedarf ihre Realisierung eines grundlegenden Wandels der EU von einem Staatenbund zu einem Bundesstaat, der nicht in Sichtweite ist.[60] Auch sprechen die Ergebnisse der Neuen Ökonomischen Geographie gegen eine rasche und volle Harmonisierung der Besteuerung von Körperschaften und damit auch gegen die rasche Einführung der KöSt als eigene EU-Steuer.

Eine Möglichkeit, die Vorteile einer Steuerharmonisierung, insbesondere die Reduktion in Gewinnverschiebungen aufgrund von Transferpreisen und das Verhindern eines „Wettlaufs nach unten“, mit den Vorteilen eines Steuerwettbewerbs (Politikinnovationen, „Zügelung des Leviathans“) zu verknüpfen, ist die Einführung eines Mindeststeuersatzes für die KöSt.[61] Da Gewinnverschiebungen von Unterschieden in den nominellen KöSt-Sätzen ausgelöst werden,[62] schiebt ein Mindeststeuersteuersatz einen Riegel vor den Wettbewerb um Profite. Strategische Interaktionen zwischen den Mitgliedsstaaten in der Steuerpolitik und damit Steuerwettbewerb bleiben aber erhalten.[63] Aufgrund der Verknüpfung der Vorteile von Harmonisierung und Wettbewerb dürfte ein Mindeststeuersatz auch politisch einfacher durchzusetzen sein als weitergehende Harmonisierungsmaßnahmen. Die Vorteile einer Steuerharmonisierung könnten schneller generiert werden.

Aber auch im Falle eines Mindeststeuersatzes sind etwaige (Ausweich-) Reaktionen der Mitgliedsstaaten und von MNUs sowie deren volkswirtschaftliche Effekte zu berücksichtigen. Insbesondere ist ein Wettbewerb über die Bemessungsgrundlage wahrscheinlich. Daher muss die Realisierung eines Mindeststeuersatzes mit einer strikten Umsetzung des EU-Beihilfenrechts sowie des Verhaltenskodex in der Unternehmensbesteuerung einhergehen. Zudem ist die EU-weite Einführung eines grenzüberschreitenden Verlustausgleichs zweckdienlich, da dieser die Steuerreagibilität der Investitionsentscheidungen von MNUs reduzieren kann.[64]

Ein Mindeststeuersatz hat auch den Vorteil, dass sich die Dispersion der DES und der BEDS für hochprofitable Investitionen reduzieren kann.[65] DES und BEDS hochprofitabler Investitionen werden vor allem von den nominellen KöSt-Sätzen bestimmt. Ein Mindeststeuersatz könnte daher zu einer Reduktion der steuerlichen Verzerrung von Standortentscheidungen beitragen. Klarerweise stellt sich aber die Frage nach der Höhe des Mindeststeuersatzes.[66] In einigen EU-Ländern haben die derzeit vorherrschenden nominellen KöSt-Sätze ein niedriges Niveau erreicht (z. B. Irland, Bulgarien; vgl. Tabelle 1). Soll der Mindeststeuersatz auf einem höheren Niveau verankert werden, was aufgrund der *„Backstop*-Funktion“ der KöSt für die Einkommensteuer auch geboten ist, dann ist eine politische Zustimmung wohl nicht ohne Kompensationsmaßnahmen möglich.

5.3 Körperschaftsteuer und Nachhaltigkeit von PDI

Die bisherigen Ausführungen basieren auf der Annahme, dass Staaten, die NMS-7 im Speziellen, anhand niedriger (effektiver) Steuersätze versuchen, PDI zu attrahieren. Damit verbunden ist die Frage, ob ein Fokus auf steuerliche Anreize zweckmäßig ist, um vorhandene PDI nachhaltig in einem Land zu verankern. Nachhaltigkeit hängt dabei mit der Dauer des Bestandes der PDI sowie deren Wirkungen im Gastland zusammen. Über die Zeit können sich allerdings sowohl die Standortfaktoren des Gastlandes als auch die Wertschöpfungsstufen, die ausländische Unternehmen verlagern, verändern. Eine PDI wird dann langfristig bestehen, wenn die Wertschöpfungsstufen und die Standortfaktoren zusammenpassen. Nachhaltige PDI sind damit das Gegenteil hochmobiler PDI, die auf eine Veränderung der Standortfaktoren mit Abwanderung reagieren und nicht mit einer Veränderung ihrer Aktivitäten. Daher sollten sich industriepolitische Maßnahmen daran orientieren, ob Standortfaktoren und Wertschöpfungsaktivitäten von Firmen Disparitäten aufweisen.

Abschnitt 4 legt es nahe, dass niedrige effektive Steuern mit ein Instrument sind, um PDI zu attrahieren. Gewinnsteuern sind aber weit weniger probat, um PDI nachhaltig zu verankern. Die Nachhaltigkeit von PDI ist im Allgemeinen von jenen Standortfaktoren abhängig, welche die PDI immobiler machen, d. h. zu ökonomischen Renten führen. Baldwin (2005) argumentiert in diesem Zusammenhang, dass die Standortfaktoren in unterschiedlichem Ausmaß beeinflusst werden können. Während natürliche Ressourcen im Großen und Ganzen gegeben sind und kaum veränderbar sind, können die geschaffenen Faktoren, wie etwa branchenspezifische Infrastruktur oder Humankapital, langfristig verändert werden. Sie sind jene Faktoren, welche die Agglomeration von Unternehmen beeinflussen können (z. B. nationales Innovationssystem, lokale Arbeitsmärkte) und im Mittelpunkt einer kurz- und mittelfristigen Industrie- und Regionalpolitik zur Erhöhung der Nachhaltigkeit von PDI stehen sollten.

Politikmaßnahmen können dabei vorausschauend oder reaktiv gestaltet werden, wobei die ersteren eher auf die Attrahierung von PDI gerichtet sein sollen und beispielsweise die Auswahl bestimmter Sektoren umfassen. Letztere beinhalten die Bereitstellung von Standortfaktoren. Diese Standortfaktoren müssen umso spezifischer sein, je feiner die Unternehmen die Wertschöpfungskette aufspalten. Denn jede Wertschöpfungsstufe erfordert unterschiedliche Standortfaktoren. Dies impliziert aber auch, dass unspezifische wirtschaftspolitische Maßnahmen, wie allgemeine Gewinnsteuersenkungen, nicht vordringlich zur nachhaltigen Verankerung von PDI sind.[67] Sie sollten daher nicht im Mittelpunkt einer zielorientierten Industriepolitik stehen. Im Gegenteil, die Versorgung der Wirtschaft mit branchenspezifischen öffentlichen Gütern und Dienstleistungen bedarf

eines ausreichenden Steueraufkommens. Dabei ist die Rolle der KöSt als Äquivalenzsteuer oder „Lindahl-Preis“ zu sehen (siehe oben 3.1).

Gemäß dieser Sichtweise sollten die NMS-7 weitgehend auf die weitere Reduktion von Gewinnsteuern verzichten und einen stärkeren Fokus auf die Einhebung von ausreichenden Äquivalenzsteuern zur Finanzierung von industriespezifischer Infrastruktur legen. Dann würde sich auch der Steuerwettbewerb um PDI abschwächen. Die aus diesem Steuerwettbewerb möglicherweise resultierenden negativen volkswirtschaftlichen Effekte (Verschiebung der Steuerlast auf immobile Faktoren, ineffizientes Ausmaß an öffentlichen Gütern und Dienstleitungen etc.) könnten vermieden werden.

Anmerkungen

1 IMF (2007).
2 Z. B. Blomström und Kokko (2003); Carkovic und Levine (2005).
3 UNCTAD (2006).
4 Der Bestand an PDI beträgt 2005 in China 318 Mrd. USD, 4225 Mrd. USD (EU-15), 229 Mrd. USD (ZOL-5) und 209 Mrd. USD (ZOL-11).
5 Für Rumänien sind nur wenige Daten über PDI im verarbeitenden Sektor vorhanden, weshalb dieses Land in Abbildung 2 fehlt.
6 Z. B. Bevan und Estrin (2004), Clausing und Dorubantu (2005); Carstensen und Toubal (2003).
7 Die Werte in Abbildung 3 sind aufgrund fehlender Daten ohne Rumänien.
8 Siehe dazu Svetličič und Jaklič (2006).
9 Vgl. WIIW (2006).
10 Doralt, Ruppe (2003).
11 Im Folgenden können aus Platzgründen nur einige Argumente skizziert werden. Für eine ausführliche Darlegung der Vor- und Nachteile einer KöSt siehe Bird (1996).
12 Vgl. Devereux und Sørensen (2005).
13 Vgl. z. B. Auerbach (2006).
14 Z. B. Zimmermann und Henke (2005).
15 Aber auch eine Steuer auf ökonomische Reingewinne kann in einer offenen Volkswirtschaft zu Verzerrungen führen, da Standortentscheidungen von MNUs vom effektiven Durchschnittssteuersatz und nicht vom effektiven Grenzsteuersatz beeinflusst werden; siehe unten und insbesondere Devereux und Sørensen (2005).
16 „*Backstop*“-Funktion der KöSt für die Einkommensteuer; siehe DeMooij und Nicodème (2006) für Evidenz; Farny et al. (2006); Devereux und Sørensen (2005).
17 Z. B. Fontagné und Mayer (2005).
18 Vgl. OECD (1995), Martinez-Vazquez und McNab (1997) sowie Mitra und Stern (2002) für Details.
19 Mitra und Stern (2002) 42.
20 Für Deutschland ist bis 2000 der Satz auf einbehaltene Gewinne angegeben. Die Sätze inkludieren lokale Gewinnsteuern.
21 Einige der NMS profitieren von Übergangsbestimmungen. Siehe dazu Farny et al. (2006).
22 Vgl. Grabowski (2005); Devereux (2006a).

[23] Farny et al. (2006).

[24] Devereux und Hubbard (2004); Hajkova et al. (2006).

[25] BEDS sind effektiv, da sie neben den nominellen Steuersätzen auch die Steuerbasis berücksichtigen. BEDS sind durchschnittliche Steuersätze, da sie für eine profitable Investition ermittelt werden. BEDS werden auf der bilateralen Ebene ermittelt, da sie auch steuerrelevante Aspekte von internationalen (z. B. Doppelbesteuerungsabkommen) und supranationalen Abkommen (z. B. Mutter-Tochter- und Zinsen- und Lizenzgebühren-Richtlinie der EU) mit einbeziehen.

[26] Im Folgenden auch „durchschnittliche BEDS" genannt. Herkunftsländer sind: AT, DE, IT, FR, NL, UK, US. Die für die Ermittlung der BEDS gemachten Annahmen folgen weitgehend Devereux und Griffith (1998). Investitionen in Lagerbestände erhalten jedoch ein deutlich geringeres Gewicht (10%) als bei Devereux und Griffith.

[27] Devereux und Griffith (1998) zeigen, dass der BEDS mit steigendem p sich dem um den Gesamtsteuersatz auf repatriierte Dividenden erweiterten KöSt-Satz des Ziellandes der PDI annähert. Der Gesamtsteuersatz inkludiert dabei eine etwaige Quellensteuer auf Dividenden als auch die steuerliche Behandlung der Dividenden im Herkunftsland der PDI.

[28] Vgl. Farny et al. (2006); Übergangsbestimmungen für PL und SK.

[29] Vgl. Spengel (2003) Tab. A 11.

[30] Die Rangfolge ändert sich nur geringfügig, wenn eine niedrigere finanzielle Ertragsrate (p = 10%) angenommen wird. Jedoch verbessert sich die Lage von Slowenien deutlich, da sich mit niedrigerer Profitabilität der PDI Abschreibungsregeln wesentlich stärker auf den BEDS auswirken. Slowenien weist nach wie vor relativ generöse allgemeine Abschreibungsregeln auf. Vgl. auch Eichler et al. (2005).

[31] Für CZ, HU, PL, SI und SK sind die DES in 2005 trotz Gültigkeit der Mutter-Tochter Richtlinie nicht mit den BEDS für 2005 in Tabelle 2 identisch. Dies insbesondere, weil mit den USA ein Nicht-EU-Land inkludiert ist und zudem für einige der EU-Herkunftsländer (z. B. UK, IT) der Gesamtsteuersatz auf repatriierte Dividenden nicht Null ist (Anrechnungsverfahren bzw. 95%-Freistellungsverfahren). Daher sind die für Rumänien und Bulgarien gezeigten DES ebenfalls nur eine grobe Annäherungen für die BEDS nach dem EU-Beitritt.

[32] Vgl. Griffith und Klemm (2005).

[33] So senkt z. B. Slowenien, welches Gewinne von Körperschaften seit 1996 konstant mit einem KöSt-Satz von 25 Prozent belegte, diesen bis 2010 schrittweise auf 20 Prozent (2007: 23 Prozent).

[34] Vgl. Spengel (2003) und Farny et al. (2006) für Beispiele.

[35] Diese ist definiert als Prozentänderung in den PDI aufgrund einer Prozentpunktänderung im Steuerbelastungsmaß.

[36] BEMS sind für die Analyse der Anreizwirkungen der Besteuerung auf eine marginale Investition relevant. Eine marginale Investition erwirtschaftet gerade die Kapitalkosten, das ist die Mindestrendite, die eine Investition bringen muss, um gerade noch durchgeführt zu werden. Sie bringt einen ökonomischen Gewinn von null (im Gegensatz zu profitablen oder infra-marginalen Investitionen).

[37] Griffith und Klemm (2005).

[38] Dies gilt insbesondere für die NMS-7, da Quellensteuern auf Dividenden und Zinsen bis zum EU-Beitritt ein wichtiger Bestandteil der Gesamtsteuerbelastung sind. Deshalb sind DES aufgrund des Wegfalls von Quellensteuern auf Dividenden für die Analyse von PDI zwischen EU-Mitgliedsländern eher geeignet als für PDI in Nicht-EU-Mitgliedsstaaten. Nominelle KöSt-Sätze sollten zwar nicht für die Analyse von PDI verwendet werden. Sie sind jedoch der relevante Maßstab, um Anreizwirkungen der Besteuerung zu Gewinnverschiebungen zu analysieren. Vgl. Devereux (2006b).

[39] Der Wert von -1,71 in Tabelle 5 inkludiert diesen Koeffizienten und unterscheidet sich daher von den -1,45 aus Bellak et al. (2005). Vgl. Bellak und Leibrecht (2005) für Details.

[40] Auch die baltischen Länder und Zypern weisen eine niedrige effektive Steuerbelastung auf. Vgl. ZEW und Ernst and Young (2004); Farny et al. (2006).

[41] Z. B. AT 2005: DES sinkt um ca. 7 Prozentpunkte von etwa 29% auf etwa 22%; NL 2005: DES sinkt um ca. 3.5 Prozentpunkte von etwa 29.3% auf 25.8%; DE: Reform 2008, Absenkung des nominellen Satzes von knapp unter 40% (inklusive Gewerbesteuer, Solidaritätsbeitrag) auf unter 30% bei gleichzeitiger Ausweitung der Bemessungsgrundlage (vgl. Bundesministerium der Finanzen 2007).

[42] Vgl. Nicodème (2006) für eine Diskussion.

[43] Details zu den nachstehenden und zu weiteren Ansätzen (z. B. Ansatz des Steuerexports („*tax exporting*") finden sich neben Zodrow (2003) in Oates (2001) und insbesondere in Wilson (1999).

[44] Aus diesem Ansatz wird ein ruinöser Steuerwettbewerb – das „*race to the bottom*" – abgeleitet. Wettbewerb führt im Extremfall zu einem effektiven Steuersatz von null. Das Resultat gilt sowohl für marginale Investitionen als auch für Investitionen mit einer ökonomischen Rente größer null. Vgl. Zodrow (2006).

[45] Kernländer verfügen über einen Agglomerationsvorteil z. B. aufgrund einer besseren Ausstattung mit öffentlicher Infrastruktur, aufgrund der geographischen Nähe zu kaufkräftiger Nachfrage oder aufgrund von vertikalen und horizontalen *Spillover*-Effekten. Vgl. z. B. Breuss und Schratzenstaller (2004).

[46] Siehe auch Breuss und Schratzenstaller (2004).

[47] Sørensen (2001, 2004), Parry (2003), Mendoza und Tesar (2003), DG-TCU (2004), Brøchner et al. (2006).

[48] Nicodème (2006).

[49] Europäische Kommission (2001).

[50] Dabei ist jedoch zu fragen: gering in Relation wozu? Nicodème (2006) argumentiert, dass die Wohlfahrtsgewinne in einer Simulation etwa jenen entsprechen, die für die Umsetzung der Dienstleistungs-Richtlinie erwartet werden.

[51] Das Einstimmigkeitsprinzip wird durch den Vertrag von Nizza gelockert. Dieser sieht die Möglichkeit von verstärkter Zusammenarbeit („Enhanced Cooperation Agreements") von mindestens acht Staaten ohne Vetomöglichkeit der anderen Staaten auch im Bereich der Steuerpolitik vor. Koordinierungsmaßnahmen werden dadurch politisch leichter durchsetzbar (siehe Vertrag von Nizza 2002).

[52] So kann die effektive Steuerbelastung z. B. durch „laxe" Steuereinhebung gesenkt werden. Vgl. dazu Stöwhase und Traxler (2005).

[53] Ansprache des für Steuern und Zoll zuständigen EU-Kommissar László Kovács (SPEECH/05/624)http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/05/624&format=PDF&aged=1&language=EN&guiLanguage=enheruntergeladenam 13.2.2007.

[54] Devereux (2004).

[55] Nicodème (2006).

[56] Europäische Kommission (2006).

[57] Vgl. ebendort.

[58] Vgl. Feld (2005) und Nicodème (2006) für eine Diskussion.

[59] Vgl. auch Farny et al. (2006).

[60] Vgl. Cnossen (2005).

[61] Siehe DeMooij (2004).

[62] Vgl. Devereux (2006b).

[63] DeMooij (2004).

[64] Gèrard und Weiner (2003).

[65] Vgl. Klemm (2004).
[66] Breuss und Schratzenstaller (2004).
[67] Vgl. z. B. Bellak und Leibrecht (2007b).

Literatur

Arbeiterkammer Oberösterreich, Die Steuerbelastung der österreichischen Großunternehmen betrug 2003 nur 17,6 Prozent! (Linz 2005).

Auerbach, A. J., Who Bears the Corporate Tax? A Review of What We Know, in: Poterba, J. M (Hrsg.), Tax Policy and the Economy (Cambridge, MA, 2006).

Baldwin, R. E., Industry location: the causes, in: Swedish Economic Policy Review 12/1 (2005) 9-27.

Baldwin, R. E.; Krugman, P., Agglomeration, Integration and Tax Harmonisation, in: European Economic Review 48 (2004) 1-23.

Bellak, C.; Leibrecht, M., Do low corporate income tax rates attract FDI? – Evidence from Eight Central- and East European Countries(=Leverhulme Centre for Research on Globalisation and Economic Policy, GEP Research Papers Series, no. 43, 2005).

Bellak, C.; Leibrecht, M., Some Further Evidence on the Role of Effective Corporate Income Taxes as Determinant of Foreign Direct Investment in Central and East European Countries (=Vortrag bei: National Tax Association, Boston, November 2006; erscheint in den Proceedings 2007a).

Bellak, C.; Leibrecht, M., How to Make FDI in Central- and East European Countries Sustainable? (=Vortrag bei der OeNB-Konferenz European Economic Integration 2006: The Changing Landscape of FDI in Europe, Wien, November 2006; erscheint in den Proceedings 2007b).

Bellak, C.; Leibrecht, M.; Römisch, R., A note on the appropriate measure of tax burden on Foreign Direct Investment to the CEECs (=HWWA Discussion Paper, No. 336, Hamburg 2005).

Bevan, A. A.; Estrin, S., The determinants of foreign direct investment into European Transition Economies, in: Journal of Comparative Economics 32 (2004) 775–787.

Bird, R. M., Why Tax Corporations? (=International Centre for Tax Studies, University of Toronto, Toronto 1996).

Blomström, M.; Kokko, A., The Economics of Foreign Direct Investment Incentives (=NBER Working Paper 9489, Washington, D. C., 2003).

Brennan, G.; Buchanan, J., The Power to Tax (Cambridge 1980).

Breuss, F.; Schratzenstaller, M., Unternehmenssteuerwettbewerb und internationale Direktinvestitionen, in: Wifo-Monatsberichte 8 (2004) 645-653.

Brøchner, J.; Jensen, J.; Svensson, P.; Sørensen, P. B., The Dilemmas of Tax Coordination in the Enlarged European Union (=CESIFO Working Paper No. 1859, Category 1: Public Finance, München 2006).

Bundesministerium der Finanzen, Referentenentwurf eines Unternehmensteuerreformgesetzes 2008 (Stand 5. Februar 2007, Wien 2007).

Carkovic, M.; Levine, R., Does foreign direct investment accelerate economic growth?, in: Moran, T.; Graham, E.; Blomström, M. (Hrsg.), Does foreign direct investment promote development? (Institute for International Economics Publication, Washington, D.C., 2005) 195-220.

Carstensen, K.; Toubal, F., Foreign direct investment in Central and Eastern European countries: a dynamic panel analysis, in: Journal of Comparative Economics 3 (2004) 3–22.

Clausing, K. A.; Dorubantu, C.L., Re-entering Europe: Does European Union candidacy boost foreign direct investment?, in: Economics of Transition 13 (2005) 77-103.

Cnossen, S., The Future of the Corporate Income Taxation in the European Union (=Proceedings of OeNB Workshops, Capital Taxation after EU Enlargement, Wien 2005) 165-201.

DeMooij, R. A., Does the enlarged European Union need a minimum corporate tax rate?, in: Intereconomics 39 (2004) 180-182.

DeMooij, R. A.; Ederveen, S., Taxation and foreign direct investment: a synthesis of empirical research, in: International Tax and Public Finance 10 (2003) 673-693.

DeMooij, R. A.; Ederveen, S., Taxation and Foreign Direct Investment: A Synthesis of Empirical Research (=The Leverhulme Centre for Research on Globalisation and Economic Policy (GEP), Conference on „Foreign Direct Investment and Taxation", 2005).

DeMooij, R. A.; Nicodème, G., Corporate Tax Policy, Entrepreneurship and Incorporation in the EU (=CESifo Working Paper No. 1883, München 2006).

Devereux, M. P., Debating Proposed Reforms of the Taxation of Corporate Income in the European Union, in: International Tax and Public Finance 11 (2004) 71ff.

Devereux, M. P., Taxes in the EU New Member States and the Location of Capital and Profit (=University of Warwick, mimeo, Warwick 2006a).

Devereux, M. P., The Impact of Taxation on the Location of Capital, Firms and Profit: A Survey of Empirical Evidence (=University of Warwick, mimeo, Warwick 2006b).

Devereux, M. P.; Griffith, R., The taxation of discrete investment choices (=IFS Working Paper Series No. W98/16, 1998).

Devereux, M. P.; Hubbard, G. R., Taxing Multinationals, in: International Tax and Public Finance 10/4 (2004) 469–487.

Devereux, M. P.; Sørensen, P. B., The Corporate Income Tax: International Trends and Options for Fundamental Reform (=Paper prepared for the Working Party No. 2 of the Committee on Fiscal Affairs of the OECD, Paris 2005).

DG-TCU, Economic effects of tax cooperation in an enlarged European Union: Simulations of corporate tax harmonization and savings tax coordination (=Final report, DG Taxation and Customs Union, Brüssel 2004).

Doralt, W.; Ruppe, H. G., Steuerrecht, Band I (Wien 2003).

Eichler, M.; Elschner, C.; Overesch, M., IBC Taxation Index 2005 – Effektive Steuerbelastung von Unternehmen und auf den Einsatz hoch qualifizierter Arbeitskräfte (BAK Basel Economics, 2005).

Europäische Kommission, Company taxation in the internal market (=COM (2001) 582 final; „Bolkestein Report", Brüssel 2001).

Europäische Kommission, Common Consolidated Corporate Tax Base Working Group (CCCTB WG), Progress to date and future plans for the CCCTB (=Working Document, CCCTB\WP\046\doc\en, Brüssel 2006.

Europäischer Rat Luxemburg, Schlussfolgerungen des Vorsitzes (=DOC/97/24, Luxemburg 1997).

Farny, O.; Lunzer, G.; Saringer, M.; Wagner, N., Der Steuerwettbewerb in der Europäischen Union im Bereich der Unternehmensbesteuerung, in: Wirtschaft und Gesellschaft 32/3 (2006) 313-343.

Feld, L. P., Capital Taxation in an Enlarged EU: The Case for Tax Competition (=Proceedings of OeNB Workshops, Capital Taxation after EU Enlargement, Wien 2005) 118-150.

Fontagné, L.; Mayer, T., Determinants of Location Choices by Multinational Firms: A Review of the Current State of Knowledge, in: Applied Economics Quarterly, Supplement 56 (2005) 9–34.

Gèrard, M.; Weiner, J.M., Cross-Border Loss Offset and Formulary Apportionment: How Do They Affect Multijurisdictional Firm Investment Spending and Interjurisdictional Tax Competition? (=CESifo Working Paper, No. 1004, München 2003).

Grabowski, M. H., Reforms of Tax Systems in Transition Countries, in: Transition Studies Review 12 (2005) 293-312.

Griffith, R.; Klemm, A., What has been the tax competition experience of the last 20 years? (=The Institute of Fiscal Studies, Working Paper 04/05, 2005).

Hajkova, D.; Nicoletti, G.; Vartia, L.; Yoo, K.Y., Taxation, Business Environment and FDI Location in OECD countries (=OECD Economics Department Working Papers No. 502, Paris 2006).

International Bureau of Fiscal Documentation, European Tax Handbook (Amsterdam, verschiedene Jahre).

IMF, Balance of Payments Manual (Washington, D.C., 2007).

Klemm, A., A minimum rate without a common base?, in: Intereconomics 39 (2004) 186-189.

KPMG, KPMG's Corporate Tax Rate Survey. An international analysis of corporate tax rates from 1993 to 2006 (KPMG in the United Kingdom, 2006).

Martinez-Vazquez, J.; McNab, R., Tax Reform in Transition Economies: Experience and Lessons (=Georgia State University, Andrew Young School, Working Paper 97-6, 1997).

Mendoza, E.G.; Tesar, L. L., Winners and Losers of Tax Competition in the European Union (=NBER Working Paper, No.10051, Washington, D.C., 2003).

Mitra, P.; Stern, N., Tax Systems in Transition (=Policy Research Working Paper 2947, World Bank, Washington, D.C, 2002).

Nicodème, G., Computing effective corporate tax rates: comparisons and results (=Directorate General for Economic and Financial Affairs, Economic Paper No. 153, Brüssel 2001).

Nicodème, G., Corporate Tax Competition and Coordination in the European Union: What do we know? Where do we stand? (=Directorate-General for Economic and Financial Affairs, European Commission, Economic Papers, No. 250, Brüssel 2006).

Oates, W. E., Fiscal competition or harmonisation? Some reflections, in: National Tax Journal 54 (2001) 507-512.

OECD, Taxation and Foreign Direct Investment: The Experience of the Economies in Transition (Paris 1995).

Parry, I. W. H., How Large Are the Welfare Costs of Tax Competition?, in: Journal of Urban Economics 54 (2003) 39-60.

Sørensen, P. B., Tax coordination in the European Union: What are the issues?, in: Swedish Economic Policy Review 8 (2001) 143-195.

Sørensen, P. B., International Tax Coordination: Regionalism versus Globalism, in: Journal of Public Economics 88 (2004) 1187-1214.

Spengel, C., Internationale Unternehmensbesteuerung in der Europäischen Union, Steuerwirkungsanalyse – Empirische Befunde – Reformüberlegungen (Düsseldorf 2003).

Stöwhase, S., Tax-Rate Differentials and Sector-Specific Foreign Direct Investment: Empirical Evidence from the EU, in: FinanzArchiv 61 (2005) 535-558.

Stöwhase, S.; Traxler, C., Tax Evasion and Auditing in a Federal Economy, in: International Tax and Public Finance 12 (2005) 515–531.

Svetličič, M.; Jaklič , A., Outward FDI from New European Union Member States (=mimeo, Faculty of Social Sciences, University of Ljubljana, Laibach 2006).

Treaty of Nice, http://europa.eu/scadplus/nice_treaty/cooperations_en.htm (Brüssel 2002; heruntergeladen im Februar 2006).

UNCTAD, Database on Foreign Direct Investment (Genf 2006).

WIIW, Database on Foreign Direct Investment (Wien 2006).
Weichenrieder, A., (Why) Do we need corporate taxation?, (=Proceedings of OeNB Workshops, Capital Taxation after EU Enlargement, Wien 2005) 60-72.
Wilson, J. D., Theories of Tax Competition, in: National Tax Journal 52 (1999) 269-304.
Zimmermann, H.; Henke, K.-D., Finanzwissenschaft (9. Auflage, München 2005).
ZEW, Ernst and Young, Company Taxation in the New EU Member States: Survey of the Tax Regimes and Effective Tax Burdens for Multinational Investors (Frankfurt am Main, Mannheim 2004).
Zodrow, G.R., Tax Competition and Tax Coordination in the European Union, in: International Tax and Public Finance 10 (2003) 651-671.
Zodrow, G.R., Capital Mobility and Source-Based Taxation of Capital Income in Small Open Economies, in: International Tax and Public Finance 13 (2006) 269-294.
Zodrow, G.R.; Mieskowski, P., Pigout, Tiebout, Property Taxation and the Underprovision of Local Public Goods, in: Journal of Urban Economics 19 (1986) 356-370.

Zusammenfassung

Zentral- und osteuropäische Länder, insbesondere auch die sieben neuen EU-Mitgliedsländer (NMS-7) Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Polen, Rumänien und Bulgarien, haben in den letzten Jahren die Steuerbelastung für ausländische Investoren sukzessive gesenkt und damit ausländisches Kapital (passive Direktinvestitionen, PDI) angezogen. Dieser Zusammenhang lässt sich für die Periode 1995-2005 empirisch deutlich belegen. Dieser Beitrag zeigt im ersten Teil diese Zusammenhänge anhand der Entwicklung der Steuerbelastung einerseits und der Direktinvestitionszuflüsse andererseits auf. Zwei eng verknüpfte wirtschaftpolitisch relevante Fragestellungen, eine in Bezug auf die NMS-7 und eine in Bezug auf die EU-Ebene, werden im zweiten Teil knapp diskutiert. Aus der Sicht der NMS-7 stellt sich die Frage, welche Rolle die Besteuerung beim Übergang von PDI, welche vor allem die Kostenvorteile in den NMS-7 nutzten und in der Anfangsphase der Transformation dominierten, zu nachhaltigen PDI spielt. Hier wird die Position vertreten, dass aufgrund der Erosion kostenbezogener Standortfaktoren weitere Steuersenkungen in den NMS-7 kein geeignetes Mittel darstellen, um die für nachhaltige PDI erforderlichen Standortfaktoren zu entwickeln, insbesondere industriespezifische Infrastruktur. Aus der Sicht der EU ist zu fragen, ob die erfolgten Reduktionen in der Steuerbelastung für PDI eine stärkere Koordination oder sogar Harmonisierung der Gewinnbesteuerung von Körperschaften aus ökonomischer Perspektive notwendig macht. In diesem Beitrag wird argumentiert, dass aufgrund der Vor- und Nachteile des Steuerwettbewerbs aus ökonomischer Sicht Koordinierung vorteilhaft sein kann, dass dabei aber nicht nur der Verlust der positiven Wirkungen des Steuerwettbewerbs, sondern auch die Möglichkeit bzw. die ökonomischen Effekte einer Verlagerung des Wettbewerbs um PDI auf andere Faktoren stets berücksichtigt werden müssen.